

Aus der Gemeinderatssitzung vom 06.02.2019 (Fortsetzung)

Haushalt 2019, Einbringen und Beratung des Zahlenwerks sowie Haushaltsanträge der Fraktionen

Bürgermeisterin Kugel gab zu Beginn einen Überblick zum Ablauf der Haushaltsplanung 2019: Die öffentliche Beratung findet in den Gemeinderatssitzungen im Februar und März statt, die Haushaltsrede der Bürgermeisterin und Verabschiedung des Zahlenwerks am 20.03.2019 und der Satzungsbeschluss zum Haushalt 2019 mit Fraktionsreden am 08.05.2019.

Kämmerer Simon Vallaster informierte über die wesentlichen Eckdaten zum Haushalt:

Stand der Rücklagen Ende 2017: rund 17,4 Mio. €.

Stand der Rücklagen Ende 2018: rund 14,7 Mio. €

(prognostiziert, da der endgültige Jahresabschluss 2018 noch nicht vorliegt).

Stand der Schulden zum 31.12.2018: rund 13,54 Mio. €

Für die Investitionstätigkeit in 2018 sei eine Rücklagenentnahme von ca. 2,7 Mio. € getätigt worden, so Kämmerer Vallaster.

Beim Verwaltungshaushalt 2019 sei ein Überschuss von 1,37 Mio. € zu erwarten (bei einem Gesamtvolumen von rd. 35,6 Mio. €). Der Vermögenshaushalt 2019 habe ein Planvolumen von rd. 15,6 Mio. €. Ziel sei, ohne Darlehensaufnahme auszukommen, allerdings sei eine hohe Rücklagenentnahme von rd. 13,6 Mio. € zum Ausgleich erforderlich. Dies sei der momentane Stand. Zu berücksichtigen seien noch die Ergebnisse der anstehenden Haushaltsberatungen mit den entsprechenden Beschlussfassungen. Zu den größten Posten der Investitionen in 2019 zählen der Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meckenbeuren (2,5 Mio. €), der Bau der Sporthalle Meckenbeuren (2,95 Mio. €) und der Grundstücks- und Immobilienerwerb (2,0 Mio. €).

Beratung über die Haushaltsanträge der Fraktionen:

1. Antrag der BUS-Fraktion, die Einrichtung einer Stabstelle für Bürgerengagement zu schaffen und ein Bürgerbeteiligungskonzept zu erarbeiten (Kosten 20.000 €)

Als Begründung für diesen Antrag führte Annette Mayer für die BUS-Fraktion aus, dass eine zentrale Anlaufstelle für die Bürgerschaft fehle. Für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Bürgerdialog und Bürgerbeteiligung gebe es im Rathaus momentan keine Kontaktperson. Mit der Schaffung einer solchen Stabstelle könne die Bürgerbeteiligung weiter entwickelt werden und eine Schnittstelle gebildet werden zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Gemeinderat.

Bürgermeisterin Kugel berichtete, dass die Verwaltung ebenfalls Bedarf sieht für eine solche Stelle. Es müsse jedoch zunächst noch abgeklärt werden, welchen Umfang diese Stelle haben soll und welche Qualifikation hierfür notwendig sei. Eventuell könne eine solche Stelle auch mit den Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit kombiniert werden.

Dr. Josef Sauter (CDU) bezeichnete Bürgerbeteiligung als eine gute Sache. Allerdings sei bereits eine Kostensteigerung im Bereich Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit zu verzeichnen und man müsse den Kostenfaktor beachten im Hinblick auf die Schaffung einer solchen Stelle. Anette Kramer (FW) hält es zunächst für erforderlich, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat hier ein entsprechendes Konzept entwickle, da die geforderte Stelle doch eine enorme Spannweite an Aufgaben und Verantwortung beinhalte. Ingrid Sauter (SPD) befürwortete den Antrag der BUS-Fraktion, allerdings komme für sie die Schaffung einer solchen Stelle noch zu früh, erst müsse ein Konzept stehen.

Dr. Ursula Herold-Schmidt (BUS) wies darauf hin, dass Bürgerbeteiligung ein wichtiges Wahlkampfthema von Bürgermeisterin Kugel gewesen sei, das ein Bedürfnis der

Bürgerschaft spiegelte. Dem müsse nun Rechnung getragen werden. Sie zeigte sich zufrieden mit dem Verlauf der Diskussion und dass der Prozess damit in Gang gesetzt wurde. Sie könne sich auch damit einverstanden erklären, wenn die beantragte Stabstelle erst in 2020 eingerichtet werde.

Karl Gälle (CDU) war der Ansicht, dass für eine Bürgerbeteiligung nicht unbedingt Personal eingestellt werden müsse. Die Verwaltung habe gute Mitarbeiter, die dies ebenfalls leisten könnten. Bürgerbeteiligung müsse finanzierbar bleiben. Wichtig sei eine gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Verwaltung, Bürgermeisterin und Bürgerschaft. Dr. Sauter bemerkte, dass der Eindruck entstanden sein könnte, dass es Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit erst seit 2018 gäbe. Er erinnere sich an einige Bürgerversammlungen, die im Lauf der Jahre zu bestimmten Projekten stattgefunden hätten.

Bürgermeisterin Kugel fasste zusammen, dass die Diskussion zeige, dass die Bürgerbeteiligung zeitnah gründlich thematisiert werden sollte und ein Beteiligungskonzept sorgfältig und gut durchdacht erstellt werden müsse. Hierbei könnten durchaus auch Erfahrungen anderer Gemeinden und Institutionen einfließen, die bereits professionelle Konzepte erarbeitet und umgesetzt hätten.

Es erging folgender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2019 ein Konzept zu erarbeiten, wie das Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der Gemeinde Meckenbeuren umgesetzt werden soll und ab dem Jahr 2020 personell gut abgebildet werden kann (einstimmig).

2. Antrag der BUS-Fraktion

a) dem Arbeitskreis fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) beizutreten und

b) Kapazität, intern oder extern zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept bereitzustellen (Kosten 20.000 €)

Katja Fleschhut informierte zu diesem Antrag, dass Ende 2015 vom Gemeinderat ein Radverkehrskonzept beschlossen wurde, seither aber außer dem Aufbringen der roten Markierungen als Querungshilfen nicht viel passiert sei. Für eine weitere Umsetzung des Radverkehrskonzepts seien umfangreiche Abstimmungen mit den entsprechenden Behörden und Straßenbaulastträgern erforderlich. Die Umsetzung sollte möglichst zeitnah erfolgen. Hierfür reiche die Kapazität der Verwaltung jedoch nicht aus.

Ordnungsamtsleiterin Bernadette Pahn informierte, dass die Verwaltung zwischenzeitlich zusätzliche Personalressourcen im Stellenplan verankert habe, um die Umsetzung der komplexen Sachverhalte des Radverkehrskonzepts realisieren zu können. Teilweise seien auch noch Grundstücksankäufe erforderlich. Der Beitritt zum Arbeitskreis fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) werde von der Verwaltung ebenfalls begrüßt.

Anette Kramer wertete es ebenfalls als dringende Aufgabe, die Radwege weiter auszubauen. Man sollte sich zunächst darauf konzentrieren, den bereits vorhandenen Katalog mit Maßnahmen, die rein auf Gemeindeebene liegen, abzuarbeiten.

Peter Banholzer (FW) bemerkte, dass die Erstellung des Radwegekonzepts sehr viel Geld gekostet habe und regte an, die Verwaltung solle notfalls mit externen Fachleuten zusammenarbeiten, um die Umsetzung baldmöglichst voranzutreiben.

Auch Eugen Lehle (FW) war der Meinung, dass die Umsetzung nun erfolgen sollte. Er schlug vor, bevor ein externes Büro beauftragt werde, die Gemeinderäte verstärkt einzubinden, diese seien Ortskundig und könnten sich einbringen.

Karl Gälle (CDU) sprach die verschiedenen Straßenbaulastträger an, die bei dem Radverkehrskonzept beteiligt sind und von deren Beteiligung die Umsetzung maßgeblich

abhängig. Es sollten vorrangig die Maßnahmen durchgeführt werden, die die Gemeinde selbst umsetzen könne.

Es erging folgender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Arbeitskreis fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) beizutreten (10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

Die Verwaltung wird beauftragt, personelle Kapazitäten, intern oder extern, zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept bereitzustellen (14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen).

3. Antrag der BUS-Fraktion, einen externen Dienstleister zu beauftragen, ein zukunftsfähiges Konzept für nachhaltige Mobilität in Meckenbeuren zu erarbeiten (Kosten 2019: 20.000 €, 2020 ff: 50.000 €)

Mit diesem Mobilitätskonzept soll erreicht werden, dass der innerörtliche Ziel- und Quellverkehr, der 80 % des Verkehrsaufkommens in Meckenbeuren ausmache, reduziert wird, so Katja Fleschhut. Ein solches Konzept könnte z.B. folgendes beinhalten: Die Verbesserung des ÖPNVs, ein sicheres Wegenetz für Fußgänger/Innen, die Eindämmung des Hol- und Bringverkehrs der Kinder per Pkw zu Kitas und Schulen, etc. Als Gegenfinanzierung schlägt die BUS-Fraktion vor, den Parkplatz bei der Grünen Schiene im jetzigen Zustand zu belassen und nicht weiter auszubauen.

Dr. Josef Sauter (CDU) informierte dass das Thema ÖPNV hauptsächlich Aufgabe des Landkreises sei und dass er aufgrund seiner Mitgliedschaft im Kreistag wisse, dass dort schon Planungen für eine Verbesserung laufen würden. Man sollte abwarten, welche Pläne von dort kommen und keine Doppelstrukturen aufbauen.

Frau Dr. Herold-Schmidt stellte klar, dass es bei diesem Antrag nicht nur um den ÖPNV gehe. Sie schlug vor, einen Experten einzuladen, der Verwaltung und Gemeinderäte darüber informieren könne, was in einer Kommune in Sachen nachhaltige Mobilität alles machbar sei. Natürlich könne davon nicht alles umgesetzt werden, sie verstehe es jedoch als einen Anstoß, sich mit diesem Thema näher zu befassen und etwas ins Rollen zu bringen.

Herr Gälle (CDU) schloss sich der Aussage von Herrn Dr. Sauter an, dass in Sachen ÖPNV nicht doppelgleisig gefahren werden sollte. Ständig neue Konzepte zu erstellen, halte er nicht für sinnvoll. Er fände es besser, Gelder für Projekte in die Hand zu nehmen, deren Umsetzung auch machbar sei. Als Beispiel nannte er die Straßenplanung Bahnhof-/Eckenerstraße, dieses Projekt sollte seiner Meinung nach jetzt in Angriff genommen werden. Bürgermeisterin Kugel erklärte hierzu, dass die Umsetzung in diesem aber auch in anderen Fällen derzeit am fehlenden Grundstückseigentum der Gemeinde scheitere.

Es erging folgender Beschluss:

Mit 15 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen wurde der Antrag der BUS-Fraktion abgelehnt.

4. Antrag der BUS-Fraktion, eine Stelle für eine Verwaltungsfachkraft zur Entlastung der Kita-Leiterinnen von Verwaltungsaufgaben zu schaffen

Frau Dr. Herold-Schmidt trägt vor, dass angesichts des Mangels an gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften und der stetig steigenden Verwaltungsaufgaben der Kita-Leiterinnen die BUS-Fraktion vorschlägt, den Kitas eine Verwaltungsfachkraft zur Entlastung zur Seite zu stellen, vergleichbar mit einer Schulsekretärin.

Hauptamtsleiterin Kathrin Schütz erklärte, dass seitens der Verwaltung die Schaffung einer solchen Stelle nicht notwendig sei, da es im Rathaus eine Abteilung „Bildung und Betreuung“ gebe, deren Mitarbeiterinnen bereits entsprechende Verwaltungsaufgaben übernehmen und bei dringendem Bedarf auch zusätzlich übernehmen könnten.

Die Räte waren sich in ihren Wortmeldungen im Grundsatz einig, so dass dieser Antrag der BUS-Fraktion mehrheitlich abgelehnt wurde (13 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen).

5. Die BUS-Fraktion beantragt, für kommende Projekte aus dem Jugendrat ein Budget zur Verfügung zu stellen (Kosten: geschätzt ca. 10.000 €)

Annette Mayer führte aus, dass für Projektwünsche, die sich aus der Arbeit des neu eingerichteten Jugendrates ergeben werden, ein entsprechendes Budget im Haushalt eingeplant werden sollte.

Hauptamtsleiterin Kathrin Schütz informierte, dass im Haushalt für die Kinder- und Jugendbeteiligung bereits 10.000 € u.a. für die Organisation von Jugendkonferenzen und die Beschaffung von Arbeitsmitteln für den Jugendrat eingestellt wären. Innerhalb dieses Budgets seien sicher auch noch Mittel vorhanden, um kleinere Projekte umzusetzen. Aus Sicht der Verwaltung sei dieser Betrag vorerst ausreichend.

Sowohl Gregor Hirscher (BUS) als auch Sebastian Hanser (FW) waren der Auffassung, dass zu den bereits eingestellten Mitteln zusätzliche 10.000 € für Projekte eingeplant werden sollten. Dies sei ein Zeichen an die Jugendlichen, dass ihre Arbeit ernst genommen werde. Peter Banholzer (FW) war derselben Meinung. Den Jugendlichen müsse ein gewisser Spielraum zur Verfügung gestellt werden, um etwas bewirken zu können.

Anita Scheibitz und Karl Gälle (beide CDU) sahen momentan keine Notwendigkeit für zusätzliche Mittel. Die Arbeit des Jugendrates stehe erst am Anfang und größere Projekte würden in 2019 wahrscheinlich noch nicht anstehen. Wenn doch Bedarf bestehe, könnten hierfür immer noch Gelder beantragt werden.

Frau Bürgermeisterin Kugel sah dies ähnlich. Jugendbeteiligung bedeute nicht nur materielle Projekte in Angriff zu nehmen, die mit hohen Kosten verbunden wären, sondern auch Aktionen anzustoßen, die überwiegend durch ehrenamtlichen Einsatz umsetzbar seien. Es sollte anfangs kein zu großes Budget bereitgestellt werden. Jugendliche müssten auch lernen, zu haushalten und finanzielle Mittel für geplante Veranstaltungen zum Teil selbst zu generieren, z. B. durch Spendensammlungen oder durch einen Bewirtungsstand bei einem Fest.

Es erging folgender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzlich zu den bereits im Verwaltungshaushalt eingestellten 10.000 € einen weiteren Betrag von 10.000 € im Investitionshaushalt einzustellen für Projekte des Jugendrates (12 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

Antrag der SPD-Fraktion, Mittel für einen eigenständigen Beitrag der Gemeinde für mehr bezahlbaren Wohnraum einzustellen

Es wurde beschlossen, die Beratung über diesen Antrag auf die nächste Gemeinderatssitzung am 27.02.2019 zu verschieben.